

Der



informiert

## **Eltzstraße - Ortsbeirat am 12.12.2019 - Bericht TV 14.12.2019**

**Stand: 14.12.2019**

Der Bericht des TV zur Sitzung des Ortsbeirates vom 12.12.2019 trägt den Titel "Das Drama geht weiter". Unseren ersten Kommentar vom 09.07.2019, als das Thema der Kostenexplosion und die beabsichtigte Kostenabwälzung auf die Anlieger publik wurde, nannten wir "Das Drama Eltzstraße". Insoweit kommt die heutige Berichterstattung unserer ersten Einschätzung sehr nahe.

In der Sitzung am 12.12.2019 lag endlich eine gültige Verwaltungsvorlage und eine Ausfertigung der Satzung zur Erhebung wiederkehrender Beiträge vor. Nach wie vor völlig offen ist die Zahl der Betroffenen und die Höhe möglicher Belastungen. Nur vage Angaben gibt es zu Projekten in den kommenden Jahren.

Die vorliegende Satzung wurde letztendlich mit 6 Nein-Stimmen, fünf Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt. Mit Nein stimmten die gleichen Beiratsmitglieder wie am 13.11.2019. In dieser Sitzung sollte der Stadt grundsätzlich signalisiert werden, ob Pfalzel überhaupt zu einer Umstellung bereit sei. An diesem Abend lag weder eine Verwaltungsvorlage noch ein Satzungsentwurf vor. Vor der Sitzung wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dies keine endgültige Abstimmung sein könne und in jedem Falle vor einer weiteren Behandlung des Themas in den Gremien der Stadt Trier eine Zustimmung des Ortsbeirates zu einer dann vorliegenden Satzung erfolgen müsse. Erst darauf hin hat die Stadt die Verwaltungsvorlage 540/2019 erstellt und die endgültige Satzung entworfen.

Mehrfach hatte Ludwig versichert, der TV hat entsprechend berichtet und verweist auch heute wieder darauf. Das Ratsmitglied Thomas Neises hat auf der Facebookseite der SPD Pfalzel den anderen Ratsfraktionen ausdrücklich dafür gedankt, dass man dem Ortsbeirat die Entscheidung überlassen wolle und diese nicht im Stadtrat übersteuern werde. Rainer Neubert kommentierte das am 09.11.2019 mit der Anmerkung: *Der Ortsbeirat Pfalzel hat nun genau das, was er gefordert hatte: großes Mitspracherecht.*

Nun hat der Ortsbeirat aber - vermutlich entgegen der Erwartung der Befürworter - überraschend gegen eine Umstellung gestimmt. Und schon geht die alte Rosstäuscherei weiter. Der Ortsbeirat hat entschieden. Im Stadtrat am 17.12.2019 gibt es nichts mehr zu erörtern. Aber Ludwig besteht schon darauf, dass das Thema auf der Tagesordnung bleibt und die Fraktionssprecherin der Grünen geht noch weiter und kündigt - entgegen dem Votum des Ortsbeirates - die Zustimmung ihrer Fraktion zur Verwaltungsvorlage an.

Und Ludwig beruft sich darauf, dass Bau- und Steuerungsausschuss die Vorlage mit großer Mehrheit beschlossen hätten. In unserem letzten Beitrag "Märchenstunden Teil 2" haben wir schon dargelegt, wie die Sitzungsfolge verändert worden ist. Der von Ludwig aufoktruierte Zeitplan war infolge von Ladungsfristen gar nicht einzuhalten. Der Ortsbeirat Pfalzel hätte vor den genannten Gremien angehört werden müssen. Und infolge der getroffenen Abstimmung hätte es angesichts der gemachten Zusagen dort gar keine Erörterung des Themas mehr geben dürfen. Als wir diese Änderung des Zeitplanes entdeckten, schöpften wir schon Verdacht. Dass genau die jetzt absehbaren Schritte folgen werden. Zu all den Halb- und Unwahrheiten, den falschen rechtlichen Einordnungen und Nebelkerzen der vergangenen sechs Monate kommt jetzt noch ein gebrochenes Versprechen hinzu.

Das Vertrauen der Pfalzeler Bürger wird nach Versuchen einer Schließung unseres Friedhofs, zweimal der Grundschule, der Ansiedlung vieler umweltkritischer Betriebe und einem versprochenen, aber nie realisierten Freibad angesichts dieses Umgangs mit unserem Ortsteil von Tag zu Tag größer.

Dass ausgerechnet die Grünen vorpreschen und ankündigen, dass sie das Votum des Ortsbeirats Pfalzel in keiner Weise beeindruckt, ist besonders bemerkenswert. In unserem Ortsbeirat sind sie nämlich gar nicht vertreten. Wir fragen uns, ist das nun Demokratie 2.0 oder ganz banal eine Fernsteuerung, in der man aus dem Rat heraus einen Ortsteil dominiert, in dem man nichts zu melden hat?

Wer im Übrigen glaubt, mit der Umstellung seien Ludwigs Probleme gelöst, ist in mehrfacher Hinsicht auf dem Holzweg. Da er ja nicht daran denkt, seine Abrechnungsmethode zu überprüfen, hat er in Zukunft nicht mit 26 privaten Eigentümern (und fünf Garagenbesitzern, die 48 Anlieger sind auch frei erfunden) zu tun, sondern mit mehreren hundert Grundstückseigentümern. Hinzu kommt, dass die Umstellung selbst durch Normenkontrollverfahren angefochten werden kann.

Infolge der - vorsichtig ausgedrückt - inhaltenden Informationspolitik des Baudezernates tauchen fast täglich neue Probleme auf. Dabei hatte man gehofft, dass offene Fragen aufgeklärt würden. Zunächst war es ein Gerücht: beim Verkauf der Grundstücke links der Eltzstraße (ortsauswärts) habe man den Käufern in Anbetracht der kommenden Anliegerbeiträge Kaufpreisnachlässe eingeräumt. Nach jetziger Kenntnis sieht es eher so aus, dass man den Käufern eine Option angeboten hat, sich von den kommenden Beiträgen freizukaufen. Netto und die Baugenossenschaft sollen von diesem Angebot Gebrauch gemacht haben. Ob private Käufer das auch taten, ist nicht bekannt. Auf Basis der heutigen Kosten kann das vor mehreren Jahren ja nicht erfolgt sein, eher auf den Schätzungen zum Zeitpunkt des Baubeschlusses in 2011.

Um Missverständnisse zu vermeiden, auf Seiten der Käufer ist das völlig in Ordnung. Man will Rechtssicherheit. Die Stadt schafft hier aber sehenden Auges

---

eine Situation, in der Anlieger der gleichen Straße in unterschiedlicher Höhe zu den Kosten herangezogen werden. Aus dieser Sichtweise ist das nicht akzeptabel. Soviel nur zu der Dauerberieselung des Baudezernates, man sei an rechtliche Vorgaben gebunden.

Die Vertreterin des Bauamtes hat auf Rückfrage am 12.12.2019 nicht bestritten, dass so verfahren worden ist. Die Rechtsfolgen im Falle einer Umstellung vermochte sie nicht zu beschreiben. Ist auch nicht einfach. Die Betroffenen könnten auf die Idee kommen, dass sie unter diesen Umständen deutlich zu viel für den Straßenausbau gezahlt haben. Sie werden diese Summen von der Stadt Trier zurück verlangen. Soweit Geschäftsführer für ihre Firmen handeln, müssen sie es tun, um sich nicht dem Vorwurf der Untreue auszusetzen.

Abschließend einige Anmerkungen zur Berichterstattung im TV von heute. Herrn Päßler, der als begeisterter Befürworter von wiederkehrenden Beiträgen immer gerne bemüht wird, ist nur insoweit zuzustimmen, dass Anliegerbeiträge gänzlich abzuschaffen sind. Er selbst ist guter Hoffnung, dass dies schon 2021 im Rahmen der Wahlen zum Landtag geschehen könne. Zuvor aber eine Umstellung auf wiederkehrende Beiträge einzufordern, ist mehr als abenteuerlich.

2012 hat Frau Kaes-Torchiani in Beantwortung einer Anfrage der CDU erklärt, man müsse alleine für die Umstellung damit rechnen, dass fünf Bedienstete etwa fünf Jahre für die Erhebung der Datenbasis benötigen würden. Für die Bearbeitung eingehender Rechtsmittel hielt sie zusätzlich eine Stelle des gehobenen Dienstes für erforderlich.

Die ständige Behauptung, Pfalzel könne der Einstieg für die ganze Stadt für diese Umstellungen sein, ist eine dieser Nebelkerzen, die wir seit einem halben Jahr ertragen müssen. Dr. Thielmann hat in seiner Vorstellung des Themas die optimale Größe einer Abrechnungseinheit mit etwa 3.000 Einwohnern beziffert. Wo in den innenstädtischen Stadtteilen, die zudem regelrecht ineinander aufgehen, wäre das noch der Fall? Alles ein durchschaubares Ablenkungsmanöver, leider massiv unterstützt durch den Berichtersteller des Trierischen Volksfreund.

Auch seinem heutigen Kommentar muss man energisch widersprechen. Die Gegner der Umstellung hätten sich diesmal enthalten müssen. Geht's noch? Diese Mitglieder des Ortsbeirates sind bei ihrer Überzeugung aus der vorherigen Sitzung geblieben. Und es sind in erster Linie die Mitglieder, die nicht auf die Meinung ihrer Fraktion in Trier schielen und dem Herrn Baudezernenten von den Lippen lesen, sondern die sich in der Bürgerschaft unseres Ortsteils umgehört haben. Und deren Meinung ist, wie Herr Dr. Thielmann es vorhersagte, wenn man die Betroffenen fragt, zu 90 % gegen solche Manöver.

Diese zweite Abstimmung schaffe kein Vertrauen in das demokratische System. Wie oben schon gesagt, war es die erste und einzig gültige Abstimmung mit Verwaltungsvorlage und Satzungsdocument. Und was wirklich das Vertrauen in

---

dieses demokratische System erschüttert, ist das sofortige Suchen nach Hintertüren, wenn eine Entscheidung nicht so ausfällt, wie man sie sich wünschte.

Wenn es am kommenden Dienstag so kommt, wie Ludwig und die Sprecherin der Grünen es schon ankündigen, wird die Eltzstraße in Trier Dauergast im Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler und Kandidat für den Hammer der Woche.

---